Presseinformation

30. Mai 2003

Onodi zum Verbandstag der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft

Instrument der Wohnbauförderung nicht in Frage stellen

Eine vernünftige Wohnbaupolitik sei nicht nur aus sozialpolitischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich, sagte Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi anlässlich des Verbandstages der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft Österreichs in St.Pölten. Glücklicherweise seien die Pläne, die Gemeinnützigkeit im Wohnbau abzuschaffen und die Wohnbauförderung zu kürzen, nicht umgesetzt worden. Das hätte nämlich, so Onodi, enorme Auswirkungen: Wohnen würde teuer werden, die Gewinne würden private Immobilienfirmen einstreifen. Vielmehr müsse die Wohnbauförderung auch vom Volumen her erhalten bleiben. Die Höhe der Mittel sei ohnedies seit 1996 eingefroren, was einer faktischen Kürzung gleichkomme. „Jeder, der das erprobte und erfolgreiche Instrument der Wohnbauförderung in Frage stellt, muss sich klar sein, dass er damit massive sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Verschlechterungen in Österreich einleitet“, warnte Onodi. Laut einer WIFO-Studie müsse für jede Milliarde Schilling, die an Wohnbauförderung gekürzt werde, mit dem Verlust von 1.000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft gerechnet werden. Drei Jahre später hätten sich diese Zahlen nicht verändert, auch wenn Österreich mittlerweile den Euro als Zahlungsmittel hat.

Man wolle sich in Niederösterreich aber nicht darauf beschränken, günstig und erschwinglich zu bauen. Mit „Junges Wohnen“, vom früheren Landesrat Fritz Knotzer ins Leben gerufen, beschreite man diesen Weg weiterhin, nannte Onodi diese Aktion als herzeigbares Beispiel.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at

E-Mail: presse@noel.gv.at